

24. Sep. 2015

von Martin

in Konferenz

Kommentare (0)

Liveblog: DVPW Kongress 2015 in Duisburg – Tag 3



Der dritte Tag bricht an und ebenso das dritte Liveblog vom Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft unter dem Oberthema „Vorsicht Sicherheit! Legitimationsprobleme der Ordnung von Freiheit“. Auch heute hat das Programm einiges zu bieten.

Der Tag beginnt auf diesem Blog mit einem Plenum für die netzpolitikaffinen Besucher des Blogs: Zusammen mit der Schader Stiftung wird ein Panel zum Thema „Ordnung von Freiheit und Sicherheit im Netz: Ein Theorie-Praxis-Dialog“ veranstaltet. Diskutieren werden Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (ehemalige Justizministerin), Michael Waidner (Fraunhofer Institut für Sichere Informationstechnologie) und Jeanette Hofmann (Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft).

Nach der Mittagspause gibt es dann eine ganze Reihe von Veranstaltungen verschiedener Sektionen, gefolgt von verschiedenen Arbeitskreisen und Themengruppen. Im Anschluss daran gibt es den Gastvortrag „Living with Leviathan“ von James A. Robinson (Harvard University). Danach gibt es die Kongressparty, aber aus vermutlich nachvollziehbaren Gründen wird diese nicht verbloggt.

Eine Übersicht des Programms der Konferenz gibt es [hier](#). Und wie immer sind wir natürlich nicht die einzigen, die vom Kongress bloggen: Ebenso gibt es den [Kongressblog](#) der DVPW sowie [Posts zur Konferenz](#) vom Theorieblog. Auf Twitter findet die Diskussion unter dem Hashtag [#dvpw15](#) statt.



Martin

4 MONATE AGO

Und nun machen wir das Liveblog zu. Demnächst geht die Feier bzw. der zweite Teil der Mitgliederversammlung los. Das Blog ist aber morgen noch einmal da.



Martin

4 MONATE AGO

Es gibt scheinbar ein „Tal der Anziehung“ (Basin of Attraction). Inklusive politische Institutionen zu schaffen ist kompliziert, aber eventuell gibt es ein Tal der Anziehung in Richtung einer inklusiven politischen Institution, wenn gleichzeitig ein effektiver Staat und Pluralismus mit einer starken Zivilgesellschaft umgesetzt werden. Man kann also nicht so einfach das eine, dann das andere umsetzen. Und kleine Unterschiede im Ausgangszustand können erhebliche Auswirkungen auf die spätere Staatenentwicklung haben.



Martin

4 MONATE AGO

Robison kommt nun zum Papierleviathan (in Anlehnung an den Papiertiger). Sein Beispiel ist Kolumbien. Der kolumbianische Staat baut zu wenig Straßen und hat in weiten Teilen des Landes das Machtmonopol nicht inne. Interessanterweise ist bewaffneter Widerstand in Kolumbien eine legitime Aktivität: Die Gefängnisstrafen sind niedrig (3-6 Jahre, effektiv aber eher 3-6 Monate). Das geht

SOCIAL MEDIA



SUCHE

TWITTER FEED

Die offene Gesellschaft im Zangenriff – Was tun gegen islamistischen #Extremismus und #Islamfeindlichkeit?
<https://t.co/he1sNyzNRo>
 27. Januar 2016, 7:40 from Twitter Web Client

Diana Schubert über die Rolle von #Kommunen in der #Prävention von #Radikalisierung
<https://t.co/6F0QGmsxoQ>
 #Salafismus
 26. Januar 2016, 7:54 from Twitter Web Client

Fördern die Medien #Salafisten? Dynamiken, Verantwortung & Grenzen der Berichterstattung über salafistische Gruppen
<https://t.co/YM8phOlqdf>
 25. Januar 2016, 9:14 from Twitter Web Client

TAGS

BELIEBT KOMMENTARE NEU

"Die Flüchtlinge", "die Rassisten" und "Wir" – zu den Ambivalenzen

darauf zurück, dass Siedler im 19. Jahrhundert verhinderten, dass der Staat effektiv ein Machtmonopol bekam. In der Rionegro Verfassung von 1863 wurde sogar festgelegt, dass der Staat nicht bei bewaffneten Einständen gegen Provinzregierungen eingreifen kann. Effektiv wurde die nationale Armee abgeschafft und jeder durfte Waffen importieren. Daraus ergibt sich eine bis heute anhaltende Skepsis gegen zentraler Staatsmacht.



Martin

4 MONATE AGO

Am Beispiel der Tiv, einem staatenlosen Volk aus Nigeria, zeigt Robinson nun, wie ein dichtes Netz sozialer Regeln verhindern kann, dass ein Volk ein Staat herausbilden kann. Die sozialen Regeln sorgten dafür, dass Individuen, die zu mächtig wurden, aus dem System entfernt wurden. So konnte aber nie eine Struktur entstehen, in der größere Projekte entstanden konnten, die von jemandem geleitet wurden.



Martin

4 MONATE AGO

Sowohl im Falle Athens als auch im Falle Englands entstanden inklusive politische Institutionen in einer Situation, in der beide Dimension der Inklusion gegeben waren: Ein effektiver Staat und Pluralismus, die sich zusammen (weiter) entwickelten, zusammen mit einer aktiven Zivilgesellschaft.



Martin

4 MONATE AGO

In Athen, Solon und Kleisthenes setzen eine Reihe von Reformen um, die Partizipation für alle ermöglichen (für eine Definition von „alle“, die Sklaven, Frauen und Ausländer ausschließt), kombiniert mit Reformen die freie Bewegung und freiere Wirtschaft ermöglichen. Die neuen Institutionen sind aber nicht inklusiv, sie enthalten auch Werkzeuge, um zu einflussreiche Individuen auszugleichen (in dem man sie, nach allgemeiner Abstimmung, aus der Stadt verbannt). Es gab gleichzeitig aber interessanterweise keine Bürokratie. Der Staat funktionierte, weil alle zustimmten und partizipierten.



Martin

4 MONATE AGO

Damit Nationen wirtschaftlich erfolgreich sind, brauchen sie „inclusive political institutions“ (das schlechte Gegenstück wäre „extractive“). Das bedeutet: Ein effektiver Staat mit mehr Macht, gleichzeitig wird diese Macht weiter in der Gesellschaft verteilt. Wenn Staaten sich dahin entwickeln, passiert dies gleichzeitig auf beiden Vektoren (also Macht des Staates und Diffusion der Macht).

Wo kommen inklusive Staaten her? Es gibt keine automatische Tendenz, dass Staaten die reicher werden auch freier, pluralistischer werden (die bekannte Modernisierungshypothese). Im Vortrag wird das anhand von zwei Beispiel gezeigt, die die Transformation zum inklusiven Staat absolvierten: Das antike Athen und England in der Frühmoderne. Außerdem einige Beispiele, in den das nicht funktioniert hat.



Martin

4 MONATE AGO

im aktuellen Flüchtlingsdiskurs

Ich bin Paris! Ich bin Muslim! Ich bin Nato? Die offene Gesellschaft und ihre Feinde nach dem 13. November.

Der Dschihad der Auslandskämpfer: Ausdruck einer Subkultur

Terroristen oder Bürgerkriegsflüchtlinge? Was wir gegen diese Verwechslung tun müssen

Fördern unsere Medien die Salafisten? Dynamiken, Verantwortung und Grenzen der Berichterstattung über salafistische Gruppen

KATEGORIEN

Außenpolitik (64)

Bürgerkriege (24)

Cyber Security (52)

Demokratisierung (14)

Drohnen (15)

Flüchtlinge (17)

Humanitäre Interventionen (15)

Innere Sicherheit (32)

Interviews (10)

Katastrophen (4)

Konferenz (29)

Militär (31)

Pandemien (2)

Podcast (7)

Popkultur (22)

Raketenabwehr (1)

Sanktionen (8)

Security Culture (27)

Sicherheits-Kommunikation (16)

Sicherheitskultur (237)

Sozialwissenschaft Online (71)

Stellenangebote (55)

Strategie (12)

Terrorismus (60)



James A. Robinson (University of Chicago, vorher Harvard) hält nun die Gastrede unter dem Titel „Living with Leviathan“. Die Rede lehnt sich an sein erfolgreiches Buch aus dem Jahr 2012 „Why Nations Fail“.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Die Ergebnisse der Proteste am Oranienplatz in Berlin: Der Berliner Senat hält sich, so Vajen, nicht an die Absprachen des „Einigungspapiers Oranienplatz“; alle 576 Verfahren der Geflüchteten sind negativ abgeschlossen, sodass alle abgeschoben werden. Die Geflüchteten haben sich durch die bewussten Normbrüche und das Aufbrechen von Privatheit und Öffentlichkeit erstaunliches Gehör verschafft – und damit eine Debatte über Normbrüche und Machtverhältnisse angestoßen.

Ein ambivalentes Ergebnis!

lisabogerts

4 MONATE AGO

Die kritische Analyse der Diskursstränge zeigt: Besonders grassierend ist die diskursive Strategie einiger Zeitungen, die Räumung des Platzes sei allein schon wegen hygienischer Gründe, insbesondere einer „Seuchengefahr“ durch die Geflüchteten oder der Benutzung der Camp-Toiletten durch „Junkies“ notwendig.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Annika Vajen (FU Berlin) betont dazu, dass eine Intervention in den Mediendiskurs durch die Geflüchteten selbst schwierig ist – nicht zuletzt durch die Versicherheitlichung der Geflüchteten mithilfe von dramatischen Natursymboliken („Strom“, „Sog“ etc.). Durch eine kritische Diskursanalyse von Berliner Zeitungen möchte sie einen emanzipatorischen Teilnahmeanspruch von subalternen Akteuren in ebendiesen Diskurs herausstreichen. Daher betrachtet sie v.a. die Refugee-Proteste bzw. -camps auf dem Berliner Oranienplatz.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Etwas allgemeiner heißt das: Protestverhalten wird unterschiedlich geframed; etwa durch die strategische Nutzung von politischen Argumenten (aus der öffentlichen Diskussion) gegen konkrete Fälle von Abschiebung. Ein Beispiel dafür ist die Nutzung des Integrationsarguments der Bundesregierung, das dem bei Abschiebungen stattfindenden Prozess des „otherings“ diametral entgegensteht – und sich deshalb auch zum strategischen Einsatz

Theorie (5)

Umwelt (1)

Versicherheitlichung (23)

Visualisierung (6)

Whistleblowing (8)

WikiLeaks (17)

WMD (10)

Zivilgesellschaft (67)

BLOGROLL

Arbeitskreis soziale Bewegungen

Augen geradaus

Dan Drezner

Dart-Throwing Chimp

David Campbell

de.hypotheses.org

Demokratieforschung Göttingen

Duck Of Minerva

Future and Politics

Hylaeon Flow

Internet und Politik

IR Blog

Just Security Blog

justsecurity.org

Killer Apps

Kings Of War

MPC Journal – Muslim Politics and Culture

netzpolitik.org

percepticon

shabka.org

Terrorismus in Deutschland

theorieblog.de

Verfassungsblog

Vom Bohren harter Bretter

whistleblower-net.de

ARCHIV

GEGEN Abschiebungen eignet.

Wähle den Monat



Martin

4 MONATE AGO

Wie Emotionen in einem speziellen Fall aussehen, wird expliziert an dem Beispiel einer Schülerin, die ihrer Klasse bekannt gab, dass sie kein Abitur machen könne, weil sie keine Aufenthaltsgenehmigung hatte. Die Klasse organisierte Proteste, ging aber auch den bürokratischen Weg. Eine Schülerin aus der Klasse fasste es in dem Zitat zusammen: „Sie ist eine von uns. Sie wurde nur zu etwas anderem gemacht.“

lisabogerts

4 MONATE AGO

In ihrem Beitrag zu Anti-Abschiebe-Protesten in der BRD stellt ein Forscherinnen-Team aus Deutschland, Österreich und der Schweiz (Dreiländerprojekt DACH; präsentiert wird von Maren Kirchhoff und Helen Schwenken, Uni Osnabrück) fest, dass bei der Frage nach „motivational Frames“ Emotionen in der Mobilisierung eine zentrale Rolle spielen. In den Protesten werde vor allem gegen das Abschiebe-System, also gegen strukturelle Faktoren in Deutschland bzw. in der EU protestiert.

lisabogerts

4 MONATE AGO

„Zwischen Hetze und Hilfe. Politische Mobilisierung in der Flüchtlingspolitik“ ist ein weiteres Panel des AK „Soziale Bewegungsforschung“. Siglinde Rosenberger (Uni Wien) informiert darüber, dass in (Ober-)Österreich zwar massive politische Mobilisierung gegen Flüchtlingsunterkünfte durch lokale (FPÖ-)PolitikerInnen stattfindet und die Einrichtung dadurch oft „vermieden“ wird. Allerdings wird kaum mehr mobilisiert, wenn Flüchtlinge und Migrantinnen erst einmal eingezogen sind – und es würde auch keine Gewalt angewendet. Wie ist das, v. a. im Gegensatz zu Deutschland, zu erklären?



Martin

4 MONATE AGO

Monika Heupel: Auslandsüberwachung durch die NSA verträgt deutlich weniger Geheimnis und mehr Aufmerksamkeit. Ein Wandel dahingehend ist aber unwahrscheinlich. Außer, dass amerikanische Technologieunternehmen Druck auf die US-Regierungen ausüben, Bürgern aus anderen Ländern mehr Rechte an ihren Daten zu bieten. Das geschieht schon in einem gewissen Maße, da diesen Unternehmen die internationalen Kunden abhandeln kommen.



Martin

4 MONATE AGO

Vom Roundtable „Das Geheimnis in der Außenpolitik: zwischen Staatsräson und öffentlicher Kontrolle“:

Tine Stein: Geheimnis ist nicht gleich Geheimnis. Intentional jemand Information vorenthalten – das ist Geheimnis. Ein Geheimnis erster Ordnung ist, zu wissen, dass es ein Geheimnis gibt, aber den Inhalt nicht zu kennen. Zweiter Ordnung wäre, nicht einmal zu wissen, dass ein Geheimnis existiert.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Vom Protest-Panel:

Die Vielfalt und Kreativität der Ausdrucksmittel in den Hongkonger Protesten in 2014 (riesige Wände mit Post-it-Teppichen, Motiv der „umbrella revolution“...) ist Thema des Beitrags von Nadine Godehardt (SWP Berlin). Dieses Phänomen ist in Bezug auf Hongkong besonders interessant, weil der transnationale Zugang über die sozialen Online-Netzwerke durch Regierungsblockaden stark erschwert war. Der Protest war aber, so Godehardts Statement, dennoch transnationalisierbar und wurde andersherum von anderen (internationalen) Protesten beeinflusst – obwohl es zeitweise in China absolut keine öffentliche Kommunikation über die Proteste mehr gab.



Martin

4 MONATE AGO

Vom Roundtable „Das Geheimnis in der Außenpolitik: zwischen Staatsräson und öffentlicher Kontrolle“:

Ursula Schröder: In der Außenpolitik ist man nach Snowden noch vorsichtiger geworden, sagen Quellen aus Außenministerium. Geheimhaltung nimmt zu, vor allem aber die Informalisierung von politischen Prozessen. Um Leaks zu verhindern, verschriftlicht man weniger. Zudem kooperieren Sicherheitsbehörden (speziell Geheimdienste) auf intransparente Weise, außerhalb der üblichen Foren. Es ist keine klassische Allianzpolitik, Ursula Schröder nennt es „modulare Allianz“.

lisabogerts

4 MONATE AGO



Natürlich benutzte auch das Regime Frames für seine Zwecke, wie das der Erhaltung des „Friedens“ durch Stabilität im Gegensatz zu Protest und Revolution

lisabogerts

4 MONATE AGO

Gleichzeitig von einem anderen Panel:

Heute und morgen finden die Veranstaltungen des Arbeitskreises

„Soziale Bewegungen“ statt, der dieses Jahr mit vier Panels (eines davon in Kooperation mit der IB-Sektion) auf dem DVPW-Kongress vertreten ist. Das aktuell laufende Panel beschäftigt sich mit „Lokalen Protestbewegungen und internationale Politik. Destabilisierung oder Demokratisierung?“

Carola Richter (FU Berlin) fragt in ihrem Beitrag danach, wie die Frames „Martyrertum für Legitimität“ (der Muslimbrüder) und „Krieg gegen Terrorismus“ (des ägyptischen Regimes) in den Protesten im Anschluss an die ägyptische „Revolution“ eingesetzt wurden. Visuelle Kollektivsymbole, wie das Muslim-Brüder-solidarische „R4BIA“-Symbol trugen zur transnationalen Rezeption der Proteste bei, da sie viel Raum für anschlussfähige Interpretationsmöglichkeiten gaben.



Martin

4 MONATE AGO

Emanuel Richter (RWTH Aachen): Machtkonstitutierung muss für Bürger transparent und zugänglich sein. Geheimhaltung bedeutet, die Bürger von der Macht fern zu halten. Geheimhaltung erzeugt Asymmetrie im Zugang zum politischen System. Frage der Geheimhaltung ist daher verbunden mit der Volkssouveränität, der öffentlichen Rechtfertigung von Macht und letztlich Selbstregierung des Volkes über transparente Zugänge zum politischen System. Geheimhaltung also grundsätzlich fragwürdig.

Ein Treueverhältnis zur Staatsräson der Geheimhaltung wird leicht zum Untreueverhältnis zur Staatsräson der Demokratie.

Geheimhaltung muss also gerechtfertigt werden im individuellen Fall. Die Abwägung zwischen funktionellen Bedenken und demokratischen Werten. Diese Abwägung muss öffentlich erfolgen.

In der Außenpolitik: Geheimdiplomatie geht auf ein elitäres Politikverständnis zurück. Marx schon schrieb Geheimhaltung den „Geruch der Falschheit“ zu. Auch Spionage, speziell die allgemeine elektronische Überwachung, nimmt totalitäre Züge an.

Whistleblower werden in gewisser Weise romantisiert, denn sie reanimieren die republikanische Idee der Transparenz und verschaffen Zugriff auf vorher geheim gehaltenes. Das Geheimnis, auch in der Außenpolitik, ist dazu da, enthüllt zu werden.



Martin

4 MONATE AGO



Nun beginnt der Roundtable „Das Geheimnis in der Außenpolitik:

zwischen Staatsräson und öffentlicher Kontrolle“ von den Sektionen „Internationale Politik“ und „Politische Theorie und Ideengeschichte“ Moderiert wird der Roundtable von Anna Geis (Universität Magdeburg) und Marcus Llanque (Universität Augsburg). Die Teilnehmer des Roundtables sind Monika Heupel (Universität Bamberg), Emanuel Richter (RWTH Aachen), Ursula Schröder (FU Berlin) und Tine Stein (Universität Kiel).

Es gibt zwei Leitfragen:

Wie viel Öffentlichkeit verträgt die Außen- und Sicherheitspolitik heute?

Geheimnis und Staatsräson – ein altes Thema. Aber ergeben sich durch den technologischen Wandel neue Herausforderungen oder ist es wie immer?



Martin

4 MONATE AGO

Tanja Börzel (FU Berlin): Die EU Policy für Flüchtlinge unterscheidet zwischen Asylsuchenden und solchen die aus wirtschaftlichen Gründen fliehen. Letztere sollen sobald wie möglich abgeschoben werden. Das ist normativ zu verurteilen, aber momentan politische Realität. Es spielt Politikern wie Orbàn und ihrer Symbolpolitik direkt in die Hände, auch wenn es nicht die gewünschten Effekte hat. Darum geht es aber auch nicht, es ist ja Symbolpolitik.

Natascha Zaun (Universität Mainz): EU sagt dass Entwicklungs- und Migrationspolitik koordiniert werden sollte. Das ist bisher aber nicht passiert.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Ein Teilnehmer aus dem Publikum kritisiert das Podium für eine eurozentrische Perspektive, in der weder die Flüchtlingsströme in anderen Regionen noch die Partizipation und „agency“ der Flüchtlinge in Europa selbst berücksichtige.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Tanja Börzel (FU Berlin) meint, dass die EU- und die US-amerikanischen Regierungen nun einmal „these fucking compromises“ machen müssen – wie mit der türkischen und der russischen Regierung zu kooperieren – um endlich eine außenpolitische Strategie im syrischen Bürgerkrieg zu entwickeln und zu handeln.



Martin

4 MONATE AGO

Thränhardt: Staaten in Osteuropa, die der EU beitreten wollen, behandeln Flüchtlinge besser als solche, die bereits Mitglieder sind.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Es finde eine „Neuerfindung“ politischer Kultur in Deutschland statt, sagt er. Es sei typisch für eine europäische Gesellschaft, Krisen (wie die in Syrien) erst angemessen zu berücksichtigen, wenn sie die Konsequenzen direkt und vor Ort zu spüren bekommt.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Dietrich Thränhardt (Uni Münster) zitiert zu den aktuellen Herausforderungen Winston Churchill: „You should never waste a crisis.“ Das BAMF z.B., habe diese Chance nicht genutzt und den Test nicht „bestanden“.

lisabogerts

4 MONATE AGO

Sonderpanel zum Thema „Flüchtlingskrise als nationale und europäische Herausforderung“

Der US-amerikanische Gast James F. Hollifield (Dallas) weist auf die Mitverantwortung der USA für die momentane Situation hin, die von den US-Interventionen im nahen und mittleren Osten beeinflusst wurde. Er ist der Meinung, die USA habe Erfahrungen mit solchen Situationen, u. a. durch die Aufnahme vietnamesischer Flüchtlinge nach dem Vietnam-Krieg und von Kindern aus Zentralamerika, die in den USA aufgenommen werden... ob dieser Vergleich wirklich passend ist?



Martin

4 MONATE AGO

Bieber: Netzpolitik: Aus politikwissenschaftlicher Sicht scheint da ein neues Politikfeld zu entstehen, aber es ist noch sehr zersplittert und es gibt sehr viele Akteure. Kann die Institutionenlandschaft überhaupt damit umgehen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Teils-teils. Die Frage ist: Wie sehr will man das Netz regulieren? Denn ein großer Reiz des Netzes ist gerade auch, dass es recht frei ist. Sie glaubt aber, dass es ohne eine gewisse Regulierung nicht geht. National aber nur wenig – vielleicht die Rolle von Versicherungen wenn es um Schäden geht. Aber europäische oder noch besser international wäre das richtige Level. Nur international wird nicht machbar sein, dafür sind die Interessen zu widersprüchlich.

In den USA beispielsweise gibt es einen anderen Meinungsfreiheitsbegriff und entsprechend lässt man Technik auch anders entwickeln. Außerdem haben IT Firmen in den USA einen erheblichen Einfluss. Kein Präsident wird international Politik gegen Google machen.

Man muss die Service Provider, also die, die vermitteln, haftbar machen können. Siehe etwa das Problem mit Hassäußerungen im Netz. Momentan kann man schwer gegen Facebook vorgehen.



Martin

4 MONATE AGO

Bieber: Sind wir nicht alle schon ein bisschen mehr post-privacy als wir zugeben wollen? Und: Müssen dann nicht mehr Sozialwissenschaftler in die Fraunhofer um darüber zu reflektieren?

Waidner: Das findet in der Fraunhofergesellschaft schon statt, könnte aber mehr sein.

Zu dem was Frau Leutheusser-Schnarrenberger gesagt hat: Technisch kann man durchaus auch Daten, die im Netz rumfliegen, löschen – also den Geist wieder in die Flasche zwingen. Die automatische Löschung von Daten sieht er aber kritisch – manche Daten will man behalten.

Zu den Metaphern von Frau Hofmann: Metaphern können in beide

Richtungen laufen. Nur weil wir uns davon momentan leiten lassen, heißt es nicht, dass nicht neue diese ändern oder ablösen können. Technik ist gestaltbar und das sollte man auch angehen.

Hofmann: Der Begriff der digitalen Souveränität suggeriert eine Stärke, Handlungskapazität, die nicht da ist. Die muss man entwickeln und sie sind intersektoral, interdisziplinär. Und da gibt es erhebliche Verständigungsprobleme zwischen den Disziplinen. Sie verwenden die gleichen Worte, meinen aber unterschiedliche Dinge.

Sonst führt es, wie in der öffentlichen Debatte, dazu, dass sich die unterschiedlichen Felder die Verantwortung in die Schuhe und es passiert letztlich nichts.



Martin

4 MONATE AGO

Waidner: Justiz und Technik müssten mehr zusammenarbeiten. Die Technik läuft der Justiz weg. Und Politikwissenschaft sollte in der Tat mehr Kritik üben, könnte mehr zum Diskurs beitragen.

Leutheusser-Schnarrenberger: Politische Gestaltungskraft, wo sie noch existiert, muss wahr genommen werden. Das geht nur auf europäischer Ebene. Internetnutzer gegen Firmen auszuspielen, wie Lobo das tut, ist aber ebenfalls nicht richtig. Auch kann man dem Bürger nicht die Schuld in die Schuhe schieben, die individuelle Ebene ist nicht der richtige Ort.

Das ist ein interdisziplinäres Problem – da müssen Juristen, Sozialwissenschaftler, Techniker zusammen arbeiten und Technik gestalten.



Martin

4 MONATE AGO

Bieber: Inwiefern kann man aus diesem Sicherheit ein bisschen mehr machen, ohne damit den Konzernen ausgeliefert zu sein? Hat nur der Markt Gestaltungsmacht oder gibt es politischen Gestaltungsraum?



Martin

4 MONATE AGO

Hofmann: Wir fanden ein entgrenztes, denationalisiertes Internet mal gut. Auf einmal, in Anbetracht der Sicherheitsprobleme, wollen wir Souveränität wieder zurück. Unsere Sprache beschreibt digitale Phänomene ja oft mit Metaphern (Cloud, Internet of Things etc.). Und digitale Souveränität ist da ein sehr interessantes Beispiel: Es geht hier nämlich um die Souveränität des Einzelnen, nicht eines Staates – jedenfalls wird es gerne so ausgelegt. Es hat aber auch ein kollektives, staatliches Element.

Beide Ebenen (individuell, kollektiv bzw. staatlich) sind problematisch: Individuell, weil es sich auf die Aufgeklärtheit des Individuums bezieht. Das ist aber in Anbetracht einer zunehmend vernetzten Welt unrealistisch: Wir sind nicht selbstbestimmt, wir können eine derart komplexe Welt nicht mehr abschätzen und entsprechend auch nicht über den Umgang mit unseren Daten bestimmen. Kollektive Lösungen könnten hier sinnvoller sein. Die schaffen stärkere Verhandlungspartner gegenüber denen, die mit unseren Daten arbeiten.

Die kollektive Ebene ist ebenfalls problematisch. Souveränität in einer hochintegrierten, globalisierten Welt erscheint schwierig. Ein nationales Internet beispielsweise ist technisch hoch

voraussetzungsvoll. Und zudem ist es schwierig, dies einfach nationalen oder gar transnationalen Akteuren zu übergeben. Die Snowdenleaks zeigen uns wie intransparent damit umgegangen wird.

Der Begriff der digitalen Souveränität ist unterkomplex. In Anbetracht eines globalen Mediums wird das Konzept des Nationalstaats, vor allem seiner Grenzen, und seiner Gesellschaft neu verhandelt. Die Politikwissenschaft täte gut daran, dieses neue Verhandeln von nationalen Grenzen zu analysieren und vor allem auch eine Metaphernkritik zu üben.



Martin

4 MONATE AGO

Was für Probleme gibt es für die Politik in der IT?

Leutheusser-Schnarrenberger: Es ist für Politik noch ein recht neues, komplexes Thema. Es liegt in vielen Ressorts gleichzeitig. Wichtig ist ihr vor allem die Sicherheit und Freiheit des Bürgers. Firmen können schneller reagieren, sie haben größere Ressourcen und Expertise. Bürger sind dem ausgeliefert. Politik muss hier eingreifen und einen digitalen Rahmen setzen. Und dieser Rahmen kann nicht national sein, der muss europäisch sein.

Man muss Verpflichtungen machen, die am Beginn ansetzen. Bereits abgegriffene Daten zu verregeln und etwa löschen zu lassen ist unmöglich – die haben die Grenzen bereits verlassen und dürften auch so oft dupliziert worden sein, dass ihre Löschung de facto nicht möglich wäre. Es geht also um technische Verpflichtungen, die Firmen von Anfang an zwingen gewisse Standards einzuhalten – Privacy by Design. Da läuft die Politik seit Jahren der IT hinterher.



Martin

4 MONATE AGO



Nun geht die Debatte los, moderiert von Prof. Christoph Bieber von der Universität Duisburg-Essen.



Martin

4 MONATE AGO

IT ist unsicher. Wieso? Es gibt Gefahren durch Insider in den Firmen/Organisationen, Sicherheitssoftware ist schwer zu bedienen, die Innovationszyklen sind vergleichsweise lang, man übernimmt nur langsam Best Practices für IT Sicherheit obwohl diese geschätzt 80% der Angriffe verhindern könnten, es gibt zu viele Lücken in Software.

Was kann man also tun? Empfehlungen aus der IT-Welt um Europa

online zu einem vertrauenswürdigeren und sichereren Ort zu machen: Erstens den Verbrauchern bessere Lösungen, vor allem aber besseres Wissen an die Hand geben. Zweitens fehlt es schlicht Expertise. Qualität und Sicherheit von Software sowie Datenschutz muss EU-weites Kriterium für den Kauf werden. Drittens braucht es sichere, vertrauenswürdige Infrastruktur – also Ende-zu-Ende verschlüsselte Dienste u.a.

Um EU zu einem Marktführer im Bereich Cybersicherheit zu machen, muss man z.B. Marktanreize setzen: Momentan ist Sicherheit in Produkten unattraktiv. Das Produkt kostet nur mehr und erst wenn es zu spät ist merkt man, dass man es braucht. Das IT-Sicherheitsgesetz versucht das ein Stück weit anzugehen. Man muss international Expertise poolen, ein Land allein kann das kaum stemmen und am besten auch grenzübergreifende Märkte mit gleichen Standards schaffen. IT Sicherheit muss also in Technologiepolitik europaweit eine führende Rolle spielen.



Martin

4 MONATE AGO

IT ist unsicher. Wieso? Es gibt Gefahren durch Insider in den Firmen/Organisationen, Sicherheitssoftware ist schwer zu bedienen, die Innovationszyklen sind vergleichsweise lang, man übernimmt nur langsam Best Practices für IT Sicherheit obwohl diese geschätzt 80% der Angriffe verhindern könnten, es gibt zu viele Lücken in Software.

Was kann man also tun? Empfehlungen aus der IT-Welt um Europa online zu einem vertrauenswürdigeren und sichereren Ort zu machen: Erstens den Verbrauchern bessere Lösungen, vor allem aber besseres Wissen an die Hand geben. Zweitens fehlt es schlicht Expertise. Qualität und Sicherheit von Software sowie Datenschutz muss EU-weites Kriterium für den Kauf werden. Drittens braucht es sichere, vertrauenswürdige Infrastruktur – also Ende-zu-Ende verschlüsselte Dienste u.a.



Martin

4 MONATE AGO

Willkommen zum heutigen Liveblog. Den Einstieg macht ein Impulsvortrag von Prof. Michael Waidner vom Fraunhofer SIT.

IT ist unsicher. Wir hätten gerne digitale Souveränität, aber das ist kaum möglich. Selbst können wir kaum Einfluss nehmen, wir sind großen Unternehmen ausgeliefert, die ihre Software hoffentlich halbwegs sicher gestalten. Ebenso sieht es auch aus mit unseren Daten.

Cybersicherheit ist ein Thema von nationaler Bedeutung. 1/3 aller Firmen und Bürger wurden Opfer von Cyberangriffen, 1/2 hatte Probleme mit Spionage. Insgesamt liegen die Schäden finanziell in ähnlichen Bereichen wie im Straßenverkehr.

Es kommen neue Herausforderungen: Klassisches Internet kennt man als Informatiker noch halbwegs. Aber die Folgen des Internet of Things, Cloud Computing u.a. sind noch nicht absehbar.

 Tags: [Deutschland](#), [DVPW](#), [konferenz](#), [Kongress](#), [liveblog](#), [Politikwissenschaft](#)

Bislang keine Kommentare

Einen Kommentar hinterlassen

Name

Email

Webseite

Kommentar

Wählen Sie alle Bilder mit
Straßenschildern aus.



Soll die Herausforderung einfacher sein? [Lies die Nutzungsbedingungen](#)

Benachrichtige mich über nachfolgende Kommentare per E-Mail.



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Unported Lizenz.
Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie unter redaktion@sicherheitspolitik-blog.de erhalten

Impressum & Datenschutz | 

